ETATREDE

Bürgermeister Dr. Volker Proffen

Haushalt 2027

Finanzplanung 2026 | 2030

STADTMANNHEIM²

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderats,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

wir legen Ihnen heute einen Haushaltsplanentwurf vor, dessen Aufstellung uns in besonderer Weise gefordert hat. Die finanzielle Lage unserer Stadt ist sehr ernst. Die Geschwindigkeit, mit der sich die Rahmenbedingungen verändert haben, ist außergewöhnlich.

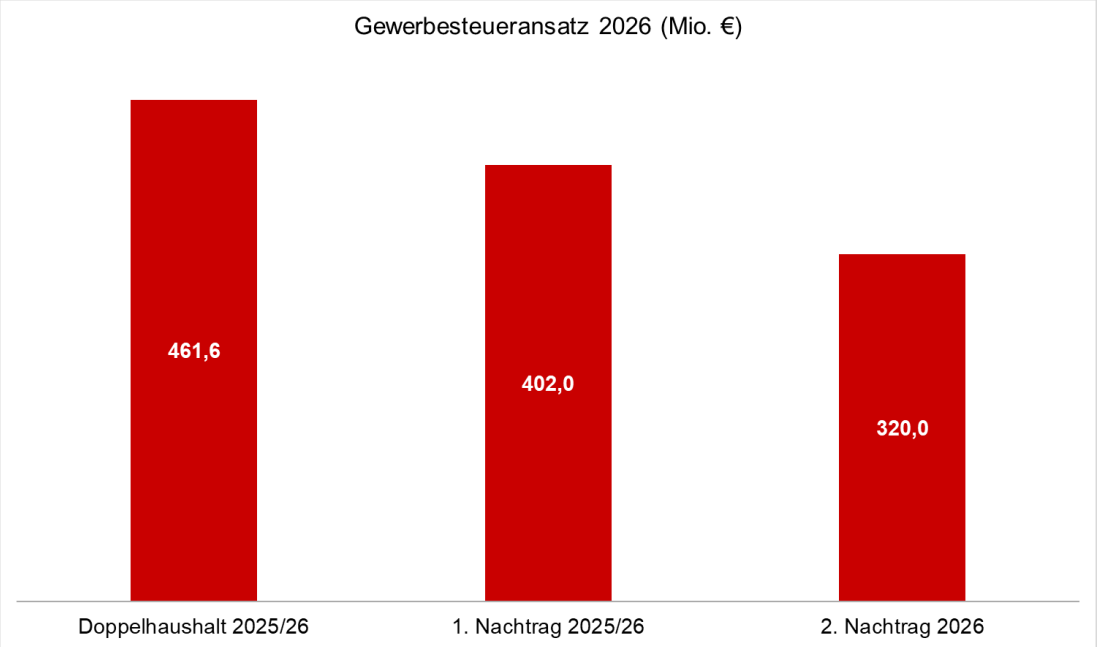
Innerhalb kurzer Zeit mussten wir unseren Doppelhaushalt 2025 und 2026 zweimal durch Nachtragshaushalte anpassen. Erträge, auf die wir gesetzt hatten, blieben aus, während die Aufwendungen für zentrale städtische Aufgaben weiter stiegen. Gleichzeitig wurden unsere finanziellen Reserven immer kleiner. Die Spielräume, die wir über viele Jahre nutzen konnten, sind ausgeschöpft.

Deshalb ist dieser Haushalt kein Haushalt, in dem wir uns vor allem darüber unterhalten können, welche zusätzlichen Wünsche wir erfüllen. Er muss eine andere, grundlegendere Frage beantworten: Wie sorgen wir dafür, dass Mannheim auch unter diesen Bedingungen seine Aufgaben erfüllen und in seine Zukunft investieren kann?

Die finanzielle Lage: weniger Erträge, mehr Verpflichtungen

Die strukturellen Probleme, vor denen Mannheim steht, treffen die Kommunen in ganz Deutschland. Die Einnahmen entwickeln sich schwächer als erwartet, während die Kosten für soziale Leistungen, Kinder- und Jugendhilfe und andere Pflichtaufgaben steigen. Bund und Land übertragen Aufgaben, ohne die Finanzierung dauerhaft ausreichend sicherzustellen.

Für Mannheim kommt die starke Abhängigkeit von der Gewerbesteuer hinzu. Wir haben in guten Jahren von der Leistungsfähigkeit unserer Unternehmen profitiert. Zugleich ist deutlich geworden, wie stark diese Einnahmen schwanken. Nach einem Aufkommen von rund 423 Millionen Euro im Jahr 2023 rechnen wir 2026 nur noch mit rund 320 Millionen Euro. Ursprünglich hatten wir für 2026 rund 462 Millionen Euro geplant. Gegenüber dieser Planung sind das rund 142 Millionen Euro weniger. Eine solche Größenordnung lässt sich nicht durch kleinere Einsparungen an anderer Stelle auffangen.



Auf der anderen Seite stehen Ausgaben, die sich nicht im gleichen Tempo zurücknehmen lassen. Wenn gesetzliche Ansprüche erfüllt werden müssen, können wir diese Leistungen nicht einfach aussetzen. Und wenn wir Betreuungsplätze schaffen, endet die finanzielle Verantwortung nicht mit dem Bau einer Einrichtung. Es folgen Jahr für Jahr Betriebskosten und Zuschüsse.

Im Nachtragshaushalt 2026 mussten wir das veranschlagte ordentliche Ergebnis auf rund minus 75,5 Millionen Euro korrigieren. Kassenkredite, die eigentlich kurzfristige Liquiditätsengpässe überbrücken sollen, sind zu einer erheblichen Belastung geworden.

Das Regierungspräsidium Karlsruhe hat klare Grenzen aufgezeigt: Neue Investitionskredite kommen nur in Betracht, wenn wir nachweisen können, dass wir die Belastungen dauerhaft tragen können.

Was wir gemeinsam bereits auf den Weg gebracht haben

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

bei dieser Ausgangslage wäre es falsch, nur darüber zu sprechen, was noch nicht reicht. Verwaltung und Gemeinderat haben in den vergangenen Monaten viel getan. Und die Entscheidungen, die Sie getroffen haben, waren alles andere als einfach:

- Wir haben haushaltswirtschaftliche Sperren beschlossen.
- Wir haben den Dienststellen zusätzliche Einsparungen abverlangt.
- Wir verteilen mit der fünfprozentigen Einsparvorgabe seit 2026 erhebliche Belastungen auf die gesamte Verwaltung.
- Wir überprüfen im Rahmen der Aufgabenkritik Stellen, Aufgaben, Standards und Abläufe.
- Wir haben mit der Investitionsinventur sämtliche Vorhaben daraufhin betrachtet, ob sie zwingend notwendig sind, wie weit sie bereits fortgeschritten sind und ob ihre Finanzierung gesichert werden kann.

Mit dem Mannheimer Zukunftshaushalt haben wir aus einzelnen Sparmaßnahmen einen breiten Konsolidierungsprozess gemacht. Er umfasst die laufenden Aufwendungen ebenso wie Zuschüsse, Beteiligungen, Aufgaben und Investitionen. Insgesamt haben wir seit 2025 Konsolidierungsmaßnahmen mit einem Volumen von rund 250 Millionen Euro beschlossen und umgesetzt. Das sind Veränderungen, die in unserer Stadt spürbar sind.

Besonders hervorheben möchte ich die Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat.

Mit dem Unterausschuss Haushalt haben wir einen Rahmen geschaffen, in dem wir die finanzielle Entwicklung regelmäßig und vertieft besprechen können. Mir ist bewusst, dass dieser Weg für Sie mit erheblichem zusätzlichem Aufwand verbunden ist. Dafür danke ich Ihnen ausdrücklich.

Mit dem Mannheimer Zukunftshaushalt haben wir bereits erhebliche Verbesserungen auf den Weg gebracht. Diese gemeinsamen Anstrengungen sind die entscheidende Grundlage dafür, dass wir mit weiteren gezielten Maßnahmen nun überhaupt einen aus unserer Sicht genehmigungsfähigen Haushaltsplanentwurf für 2027 vorlegen können.

Warum wir für 2027 weitere Verbesserungen brauchen

Trotz der bereits eingeleiteten Konsolidierung zeigte sich für 2027 zunächst erneut eine erhebliche Lücke im Ergebnishaushalt. Hinzu kommt die Notwendigkeit, unsere laufenden finanziellen Verpflichtungen und den Schuldendienst verlässlich zu finanzieren. Für die Planung ergab sich ein zusätzliches Verbesserungsziel von rund 38 Millionen Euro.

Nach Abstimmungen mit dem Regierungspräsidium ist unser Ziel eindeutig: Wir müssen für 2027 einen ausgeglichenen Ergebnishaushalt aufstellen und zugleich nachweisen, dass wir Zinsen und Tilgungen aus eigener finanzieller Leistungsfähigkeit tragen können. Die Zinsen belasten unseren Ergebnishaushalt; die Tilgung muss aus den verfügbaren Zahlungsmitteln finanziert werden.

Dabei ist ein Punkt wichtig: Ein ausgeglichener Ergebnishaushalt finanziert noch nicht unsere Investitionen. Für Straßen, Brücken, Schulen und andere notwendige Vorhaben brauchen wir weiterhin Investitionsmittel und, soweit erforderlich und genehmigungsfähig, Kredite. Ein Haushaltsausgleich allein garantiert noch keine Kreditgenehmigung. Aber ohne eine überzeugende finanzielle Perspektive wird sie umso schwieriger.

Wir standen und stehen dazu in engem Austausch mit dem Regierungspräsidium. Deshalb haben wir die ursprünglich für Oktober vorgesehene Einbringung auf den heutigen Novembertermin verschoben. Wir wollten nicht einen schnellen, sondern einen belastbaren Entwurf vorlegen.

Der Haushaltsentwurf 2027

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

die hierfür vorgesehenen weiteren Konsolidierungsmaßnahmen legen wir Ihnen heute mit einer gesonderten Beschlussvorlage vor. Die Entscheidung darüber ist für die Gemeinderatssitzung am 8. Dezember vorgesehen.

Die Maßnahmen zur Verbesserung des Haushalts betreffen mehrere Bereiche:

- Eigene Einsparungen und Veränderungen in der Verwaltung
- Reduktion von Zuschüssen an Dritte
- Erhöhte Gewinnabführung bei Beteiligungen
- Zusätzliche Erträge.

Für 2027 sind beispielsweise Erträge aus der MKB in Höhe von rund 2,8 Millionen Euro vorgesehen. Die allgemeine Kürzung der Zuschussbudgets um eine Million Euro ist dagegen erst ab 2028 eingeplant.

Hinzu kommen Veränderungen bei freiwilligen Leistungen, wie zum Beispiel der Wegfall des Sozialtickets und des FrauenNachtTaxis. Auch bei den kulturellen Eigenbetrieben sind Einsparungen eingeplant.

Ebenso sind beim Personal weitere Verbesserungen erforderlich. Zu den bereits beschlossenen Maßnahmen gehört der Abbau von 160 Stellen. Hinzu kommt die beschlossene Reduktion von insgesamt 80 Stellen beim Nationaltheater bis 2030. Zusammen mit weiteren Maßnahmen in der Verwaltung und den Eigenbetrieben haben wir damit bereits den Abbau von rund 320 Stellen auf den Weg gebracht. Darüber hinaus schlagen wir vor, ab 2028 weitere rund 60 Stellen abzubauen.

Ein weiterer Bestandteil ist die Vorbereitung einer Verpackungssteuer ab 2028. Diese Maßnahme muss jedoch realistisch betrachtet werden. Ihre Einführung verursacht zunächst Aufwand. Für 2027 ist deshalb noch keine positive Haushaltswirkung eingeplant. Erst ab 2028 werden zusätzliche Erträge erwartet.

Lassen Sie mich an dieser Stelle die wesentlichen Zahlen des Haushaltsplanentwurfs nennen.

Für 2027 rechnen wir mit ordentlichen Erträgen von 1.814,2 Millionen Euro und ordentlichen Aufwendungen von 1.813,9 Millionen Euro. Unter dem Strich ergibt sich damit ein knapp positives ordentliches Ergebnis von 300.000 Euro.

Damit erreichen wir nach derzeitigem Planungsstand einen ausgeglichenen Ergebnishaushalt. Angesichts eines Haushaltsvolumens von über 1,8 Milliarden Euro haben wir damit aber praktisch keinen finanziellen Puffer.

Auch der Blick auf den Finanzhaushalt ist wichtig. Für 2027 rechnen wir mit einem Zahlungsmittelüberschuss aus dem Ergebnishaushalt von rund 49,7 Millionen Euro. Das ist ein wichtiger Schritt. Denn wir brauchen diese Mittel, um unsere finanziellen Verpflichtungen zu erfüllen und notwendige Investitionen mitfinanzieren zu können.

Hinter diesem rechnerischen Haushaltsausgleich stehen Maßnahmen, die vielen Beteiligten erhebliche Anstrengungen abverlangen. Einige treffen die Verwaltung, andere Einrichtungen, Träger, Unternehmen oder Bürgerinnen und Bürger. Dass die einzelnen Vorschläge politisch unterschiedlich bewertet werden, ist selbstverständlich. Der vorliegende Entwurf ist deshalb auch kein Ende der Diskussion. Er soll eine belastbare Grundlage für Ihre Beratungen im Februar sein.

Gewerbesteuer und Wirtschaftsstandort Mannheim

Eine der vorgeschlagenen Maßnahmen wird besonders intensiv diskutiert werden: die vorgesehene Anhebung des Gewerbesteuerhebesatzes von derzeit 430 auf 470 Punkte. Nach den bisherigen Planungsannahmen erwarten wir daraus eine Haushaltsverbesserung von rund 30 Millionen Euro jährlich.

Ich möchte diesen Schritt nicht kleinreden. Für die betroffenen Unternehmen bedeutet ein höherer Hebesatz eine zusätzliche Belastung. Und er kommt zu einem Zeitpunkt, an dem viele Unternehmen ohnehin unter erheblichem wirtschaftlichem Druck stehen.

Die Frage liegt deshalb auf der Hand: Warum erhöhen wir ausgerechnet die Gewerbesteuer, wenn die Einnahmen daraus zuletzt deutlich zurückgegangen sind, und warum gerade jetzt?

Wir schlagen diesen Schritt nicht als Ersatz für eigene Einsparungen vor. Verwaltung und Gemeinderat haben bereits erhebliche Konsolidierungsmaßnahmen beschlossen. Dennoch reicht dies nach der derzeitigen Finanzplanung nicht aus, um unser Ziel ohne zusätzliche Einnahmen zu erreichen.

Ein zweiter Punkt ist mir genauso wichtig.

In der öffentlichen Diskussion wird der Gewerbesteuerhebesatz Mannheims immer wieder mit dem deutlich kleinerer Städte und Gemeinden verglichen. Solche Vergleiche greifen aber zu kurz, wenn wir dabei ausschließlich auf den Hebesatz schauen.

Ein Blick auf die von uns betrachteten Großstädte zeigt ein anderes Bild: Ihr durchschnittlicher Gewerbesteuerhebesatz liegt bei rund 468 Punkten. Mit den vorgeschlagenen 470 Punkten läge Mannheim damit nahezu auf diesem Niveau.

Mannheim ist eine Großstadt mit rund 330.000 Einwohnerinnen und Einwohnern und ein bedeutender Industrie- und Wirtschaftsstandort. Mit unserem Hafen, einem der größten Rangierbahnhöfe Deutschlands und unserem Hauptbahnhof sind wir ein zentraler Verkehrsknotenpunkt. Hinzu kommen unsere Bildungs- und Forschungseinrichtungen, die medizinische Versorgung und ein breites kulturelles Angebot.

Das alles macht Mannheim als Wirtschaftsstandort aus. Und es verdeutlicht, welche Anforderungen mit der Größe und Bedeutung unserer Stadt verbunden sind.

Natürlich ist ein niedrigerer Gewerbesteuerhebesatz für Unternehmen zunächst attraktiver als ein höherer. Das sollten wir nicht bestreiten. Aber zur Standortqualität gehört eben mehr als der Hebesatz.

Unternehmen brauchen funktionierende Straßen und Brücken, gut erreichbare Gewerbeflächen, qualifizierte Fachkräfte, verlässliche Kinderbetreuung und eine leistungsfähige Verwaltung. Wenn wir diese Rahmenbedingungen auf Dauer nicht mehr gewährleisten können, verliert auch unser Wirtschaftsstandort an Attraktivität.

Genau hier besteht der Zusammenhang zu unserer Haushaltsplanung. Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Stadt wieder die notwendigen Investitionskredite genehmigt bekommen kann. Nicht, um zusätzliche laufende Ausgaben dauerhaft auf Kredit zu finanzieren, sondern um notwendige Investitionen in unsere Infrastruktur zu ermöglichen und zwar in einem Umfang, dessen Folgekosten wir tragen können. Dabei ist eine Unterscheidung wichtig: Die Mehreinnahmen aus der Gewerbesteuer sind nicht einzelnen Bauprojekten zugeordnet. Sie helfen, unseren laufenden Haushalt tragfähig aufzustellen. Ein tragfähiger Haushalt wiederum ist die Grundlage dafür, dass wir Investitionen rechtlich und finanziell verantworten können.

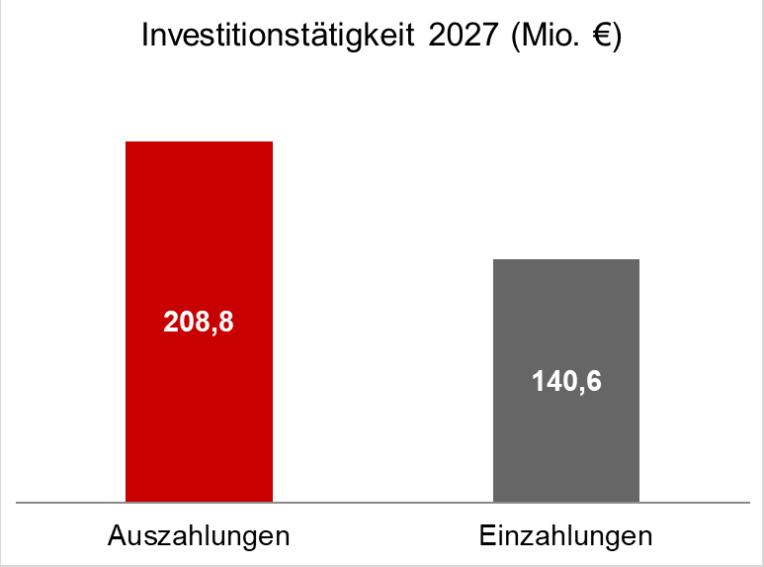
Dieser Haushalt verlangt Beiträge von mehreren Seiten. Die Gewerbesteuer ist ein gewichtiger und schwieriger Teil davon. Sie ist aber nicht unser alleiniger Konsolidierungsansatz. Unser Ziel bleibt, die Stadtverwaltung wirtschaftlicher aufzustellen, Aufgaben zu überprüfen und die Mittel dort einzusetzen, wo sie für Mannheim den größten Nutzen haben.

Investitionen ermöglichen, Prioritäten setzen

Was bedeutet das nun konkret für unsere Investitionen? Mannheim kann seine Infrastruktur nicht auf Dauer auf Verschleiß fahren. Wir müssen Brücken und Straßen erhalten, Bildungs- und Betreuungseinrichtungen modernisieren und in die Sicherheit und Funktionsfähigkeit unserer Gebäude investieren. Wir müssen zugleich die Infrastruktur sichern, die unseren Wirtschaftsstandort stark macht. Werden solche Maßnahmen immer wieder verschoben, verschwinden ihre Kosten nicht. Häufig werden sie später sogar höher.

Auch unter den schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen bleiben deshalb notwendige Investitionen Bestandteil unserer Haushaltsplanung.

Für 2027 sind Investitionsauszahlungen von rund 208,8 Millionen Euro vorgesehen. Dem stehen Einzahlungen von rund 140,6 Millionen Euro gegenüber.



Hinter diesen Zahlen stehen auch Investitionen, die für unseren Wirtschaftsstandort von Bedeutung sind. Dazu gehören beispielsweise Mittel für die Rheinbrückengesellschaft und für die Entwicklung von Gewerbeflächen. Hinzu kommen Investitionen in unsere Bildungsinfrastruktur, etwa für den Neubau der Humboldtschule.

Diese Investitionen tragen dazu bei, wichtige Rahmenbedingungen für unsere Unternehmen und die Zukunftsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandorts zu sichern.

Gleichzeitig müssen wir angesichts unserer Haushaltslage klare Prioritäten setzen. Nicht alles, was wünschenswert ist, können wir auch finanzieren. Mit der Investitionsinventur

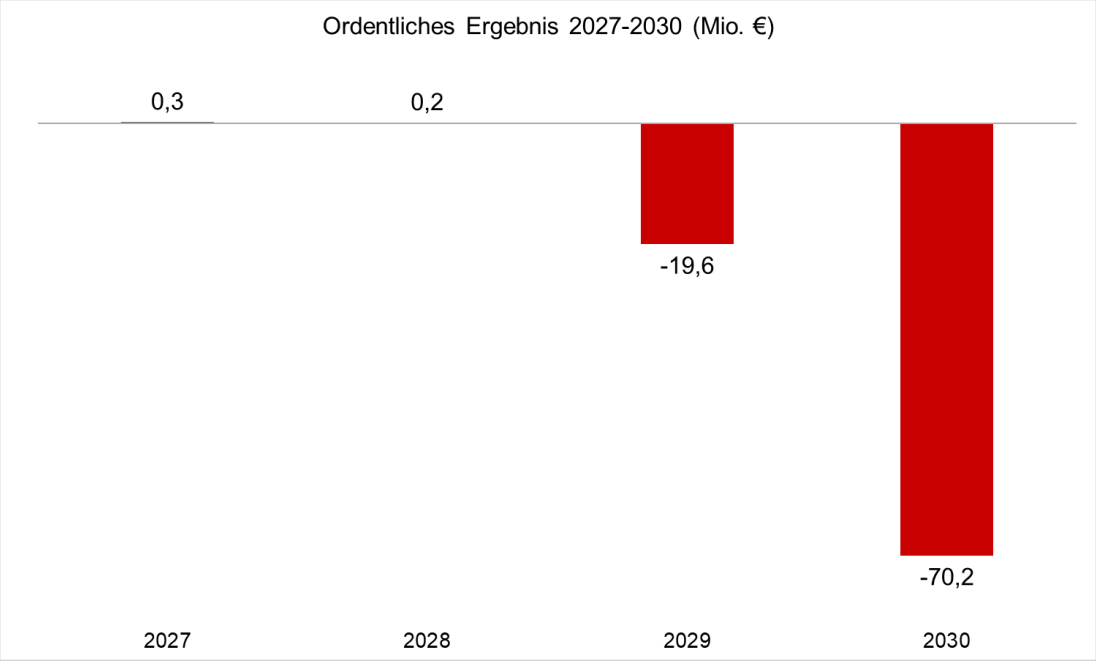
haben wir dafür eine Grundlage geschaffen. Fördermittel von Bund und Land werden wir konsequent nutzen. Sie ersetzen aber weder unseren Eigenanteil noch die späteren Folgekosten.

Unser Konsolidierungskurs bedeutet nicht, dass wir auf Investitionen verzichten wollen. Wir wollen notwendige Investitionen wieder solide finanzieren können: Für unsere Stadt und für unseren Wirtschaftsstandort.

Einjahreshaushalt, Interimswirtschaft und die kommenden Jahre

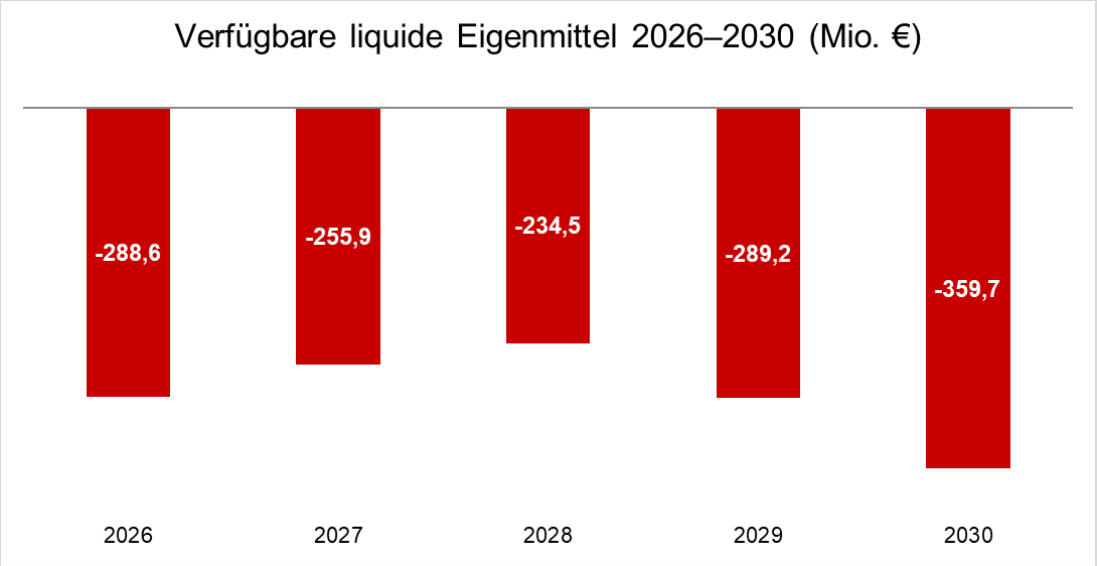
Meine sehr verehrten Damen und Herren,

wir bringen heute einen Einjahreshaushalt für 2027 ein. Das ist angesichts der dynamischen Lage eine bewusste Entscheidung. Die Finanzplanung reicht dennoch bis 2030. Und sie zeigt: Der Konsolidierungsdruck bleibt hoch. Nach einem nahezu ausgeglichenen Ergebnis 2028 stehen für 2029 wieder rund 19,6 Millionen Euro und für 2030 rund 70,2 Millionen Euro im Minus.



Besonders deutlich wird die anhaltende Herausforderung beim Blick auf die Liquidität. Zum Jahresende 2026 erwarten wir verfügbare liquide Eigenmittel von rund minus 288,6 Millionen Euro. Für Ende 2027 sind rund minus 255,9 Millionen Euro veranschlagt. Das ist zunächst eine rechnerische Verbesserung. Bis Ende 2030 verschlechtert sich dieser Wert nach der

aktuellen Planung jedoch wieder auf rund minus 359,7 Millionen Euro. Ein ausgeglichener Ergebnishaushalt bedeutet also noch lange keine Entwarnung bei unserer Liquidität.



Diese Entwicklung zeigt: Der Haushalt 2027 ist ein wichtiger Schritt. Wir müssen unseren Konsolidierungskurs aber konsequent fortsetzen, beschlossene Maßnahmen umsetzen und weitere Verbesserungen vorbereiten.

Die Haushaltsberatungen sind für den 2. und 3. Februar 2027 vorgesehen. Erst danach kann der beschlossene Haushalt dem Regierungspräsidium zur Prüfung vorgelegt werden. Bis zum Inkrafttreten der Haushaltssatzung befinden wir uns in der vorläufigen Haushaltsführung, der sogenannten Interimswirtschaft.

Das bedeutet nicht, dass die Stadt ihren Betrieb einstellt. Gesetzliche und vertragliche Verpflichtungen sind weiter zu erfüllen; unaufschiebbare Aufgaben müssen wahrgenommen werden. Neue Verpflichtungen und finanzielle Gestaltungsmöglichkeiten unterliegen aber engen rechtlichen Grenzen. Wir werden diese Grenzen beachten und die rechtlich zulässigen Spielräume verantwortungsvoll nutzen.
Auch deshalb ist es wichtig, dass wir mit den Haushaltsberatungen keine neue Unsicherheit schaffen. Zusätzliche Ausgaben oder die Rücknahme bereits berücksichtigter Maßnahmen benötigen eine belastbare Gegenfinanzierung.

Gemeinsame Verantwortung

Sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderats,

wir haben in den vergangenen Monaten erlebt, wie schwierig Haushaltsentscheidungen geworden sind. Wir haben aber auch erlebt, dass wir selbst unter hohem Druck gemeinsam zu Lösungen kommen können. Dafür danke ich Ihnen.

Mein Dank gilt ebenso den Kolleginnen und Kollegen in der Verwaltung, insbesondere im Fachbereich Finanzen und Steuern, in den Dezernaten, Fachbereichen und Eigenbetrieben.

Die Aufstellung dieses Entwurfs und die Umsetzung der Konsolidierungsmaßnahmen verlangen allen Beteiligten sehr viel ab.

Mit dem Haushalt 2027 wollen wir keine finanzielle Normalität vorspiegeln, die es derzeit nicht gibt. Wir legen einen Entwurf vor, der die schwierige Wirklichkeit anerkennt und einen Weg zeigt, wie Mannheim handlungsfähig bleiben kann.

Wir haben gemeinsam bereits viel erreicht. Damit das Erreichte trägt, müssen wir den eingeschlagenen Weg weitergehen: mit Augenmaß und mit der Bereitschaft, auch schwierige Entscheidungen zu treffen.

Denn am Ende geht es nicht allein um einen genehmigungsfähigen Haushalt. Es geht darum, dass Mannheim auch in Zukunft gestalten und in das investieren kann, was unsere Stadt und unseren Wirtschaftsstandort stark macht.

Vielen Dank.

Mannheim, den 17. November 2026



Dr. Volker Proffen
Bürgermeister